

# AMTSBLATT

## FÜR DIE STADT LÜBBENAU/SPREEWALD

Jahrgang 22

Lübbenau/Spreewald, Samstag, den 19. Mai 2012

Nummer 10

**Impressum:**

- **Herausgeber:** Stadt Lübbenau/Spreewald Kirchplatz 1,  
03222 Lübbenau/Spreewald,  
- **Verantwortlich für den Inhalt:** Der Bürgermeister;

- **Druck und Verlag:** Verlag + Druck LINUS WITTICH KG,  
An den Steinenden 10, in 04916 Herzberg, Telefon: (0 35 35)4 89 - 0;  
- Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf und wird an alle erreichbaren Haushalte im  
Gebiet der Stadt Lübbenau/Spreewald kostenlos verteilt.

Der Bezug ist zum Abonnementspreis von 57,16 € vom Verlag + Druck LINUS  
WITTICH KG, An den Steinenden 10, 04916 Herzberg möglich.  
Einzelausgaben sind auch über die Pressestelle der Stadt Lübbenau/Spreewald,  
Kirchplatz 1, 03222 Lübbenau/Spreewald zu beziehen.

## Inhaltsverzeichnis der amtlichen Bekanntmachungen

1. Öffentliche Mahnung (zum Steuerzahlungstermin 15. Mai 2012) Seite 2
2. Bekanntmachung über die Durchführung eines Volksbegehrens „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“ Seite 2
- Wuzjawjenje wó pšewježenju ludowego póžedanja “Za zmnjenje § 19 wótstawk 11 krajnego wuwišowego programa k pšesajženju krajnoplanowańskego zakaza nocnego lětanja na lětanišću Barliń Bramborska International (BER)!” - Seite 4

## Öffentliche Mahnung

Die Stadtkasse Lübbenau/Spreewald macht darauf aufmerksam, **dass zum 15. Mai 2012**

- Grundsteuern A und B
- Hundesteuern und
- Gewerbesteuervorauszahlungen

**für das II. Quartal 2012 fällig waren.**

**Die Abgabepflichtigen, die mit der Entrichtung der genannten Steuern und Gebühren im Rückstand sind, werden hierdurch öffentlich gemahnt.**

Die am 15. Mai 2012 fällig gewesenen Abgaben werden im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens nach den landesrechtlichen Bestimmungen zwangsweise eingezogen.

Wird eine Steuer nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist nach § 240 der Abgabenordnung für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von eins vom Hundert des abgerundeten rückständigen Steuerbetrags zu entrichten. Dabei ist auf den nächsten durch fünfzig Euro teilbaren Betrag abzurunden.

**Für diese öffentliche Steuerermahnung wird keine Gebühr erhoben.** Wird jedoch wegen der gleichen Forderung eine persönliche Mahnung schriftlich wiederholt, ist diese gemäß § 1 der Kostenordnung zum Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg gebührenpflichtig.

Lübbenau/Spreewald, 19. Mai 2012

Stadtkasse

Abstimmungsbehörde: Stadt Lübbenau/Spreewald  
Gemeinde: Stadt Lübbenau/Spreewald  
Stimmkreis: 40 - Oberspreewald-Lausitz III/  
Spree-Neiße III

## Bekanntmachung

**über die Durchführung eines Volksbegehrens „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“**

Die Vertreter der Volksinitiative „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“ haben fristgemäß die Durchführung eines Volksbegehrens verlangt. Die Landesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Landtages Brandenburg haben innerhalb der Frist des § 13 Abs. 3 des Volksabstimmungsgesetzes (VAGBbg) keine Klage gegen die Zulässigkeit des Volksbegehrens anhängig gemacht.

Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab dem

**4. Juni 2012 bis zum 3. Dezember 2012**

durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten oder durch briefliche Eintragung auf den Eintragungsscheinen unterstützt werden. Gemäß § 17 Abs. 2 VAGBbg können die Bürgerinnen und Bürger ihr Eintragsrecht durch Eintragung in die amtliche Eintragsliste nur bei der Abstimmungsbehörde der Gemeinde ausüben, in der sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; diese Bürgerinnen und Bürger können ihr Eintragsrecht jedoch auch bei den zu Buchstabe A) angeführten weiteren Eintragungsstellen ausüben.

Eintragungsberechtigt sind gemäß § 16 VAGBbg in Verbindung mit §§ 5 und 7 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes (BbgLWahlG) alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, die zum Zeitpunkt der Eintragung oder spätestens am **3. Dezember 2012**

- das 16. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 4. Dezember 1996 geboren sind,
- seit mindestens einem Monat im Land Brandenburg ihren

ständigen Wohnsitz oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben sowie

- nicht nach § 7 BbgLWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

### A) Unterstützung des Volksbegehrens durch Eintragung in Eintragungslisten

Das Volksbegehren kann durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten in dem Eintragungsraum der Abstimmungsbehörde bis Montag, den 3. Dezember 2012, 16:00 Uhr unterstützt werden:

**Eintragungsraum:** Stadt Lübbenau/Spreewald  
Rathaus, Bürgerbüro (Erdgeschoss)  
Kirchplatz 01, 03222 Lübbenau/Spreewald

**Eintragungszeiten:**

Montag	9:00 - 16:00 Uhr
Dienstag	9:00 - 18:00 Uhr
Mittwoch	13:00 - 16:00 Uhr
Donnerstag	9:00 - 18:00 Uhr
Freitag	9:00 - 13:00 Uhr

Personen, die sich in die Eintragungslisten eintragen wollen, haben sich über ihre Person auszuweisen (§ 7 Abs. 1 Volksbegehrensverfahrensverordnung - VVVBbg).

Wer sich in die Eintragsliste einträgt, muss persönlich und handschriftlich unterzeichnen. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname, Tag der Geburt, Wohnort und Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung oder gewöhnlicher Aufenthalt, sowie der Tag der Eintragung lesbar einzutragen (§ 18 Abs. 1 VAGBbg i. V. m. § 8 Abs. 1 VVVBbg). Eine Eintragung kann nach § 18 Abs. 2 VAGBbg nicht mehr zurückgenommen werden. Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage sind, die Eintragung selbst vorzunehmen und dies mit Hinweis auf ihre Behinderung zur Niederschrift erklären, werden von Amts wegen in die Eintragsliste eingetragen (§ 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg i. V. m. § 8 Abs. 2 VVVBbg). Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung den Eintragungsraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen können, können eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) mit der Ausübung ihres Eintragsrechts beauftragen. Hierfür ist der Hilfsperson eine entsprechende Vollmacht durch die eintragungsberechtigte Person auszustellen (§ 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg i. V. m. § 7 Abs. 4 VVVBbg).

### B) Unterstützung des Volksbegehrens durch briefliche Eintragung

Jeder Eintragungsberechtigte hat das Recht, auf Antrag das Volksbegehren durch briefliche Eintragung zu unterstützen. Der Antrag kann von der eintragungsberechtigten Person selbst oder einer von ihr bevollmächtigten Person schriftlich, elektronisch (z. B. per E-Mail oder Fax) oder mündlich (zur Niederschrift) bei der **Abstimmungsbehörde** gestellt werden, in der die eintragungsberechtigte Person ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bei der elektronischen Antragstellung ist der Tag der Geburt der antragstellenden Person anzugeben (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Eine fernmündliche Antragstellung ist unzulässig.

Die antragstellende Person kann sich bei der Antragstellung auch der Hilfe einer Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Eintragungsscheine können bis zwei Tage vor Ablauf der Eintragsfrist beantragt werden (§ 8a Abs. 5 VVVBbg).

Die für die briefliche Eintragung erforderlichen Unterlagen (Eintragungsschein und Briefumschlag) werden der antragstellenden Person entgeltfrei übersandt.

Die Eintragung muss persönlich vollzogen werden. Wer wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die briefliche Eintragung persönlich zu vollziehen, kann sich der Hilfe einer Person (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Auf dem Eintragungsschein hat die eintragungsberechtigte Person oder die Hilfsperson gegenüber der Abstimmungsbehörde an Eides statt zu versichern, dass sie die Erklärung der Unterstützung des Volksbegehrens persönlich oder nach dem erklärten Willen der eintragungsberechtigten Person abgegeben hat (§ 15 Abs. 7 VAGBbg).

Bei der brieflichen Eintragung muss der Eintragungsberechtigte den Eintragungsschein so rechtzeitig an die auf dem amtlichen Briefumschlag angegebene Stelle absenden, dass der Eintragungsbrief dort spätestens am 3. Dezember 2012, 16 Uhr eingeht. Der Eintragungsbrief wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert. Der Eintragungsbrief kann auch bei der auf dem Briefumschlag angegebenen Stelle abgegeben werden.

Das verlangte Volksbegehren hat folgenden Wortlaut:

**„Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“**

Der Landtag möge beschließen, die Landesregierung aufzufordern, in Verhandlungen mit dem Land Berlin einzutreten, um den Staatsvertrag vom 7. August 1997 über das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg und über die Änderung des Landesplanungsvertrages, geändert durch Staatsvertrag vom 5. Mai 2003, wie folgt zu ändern:

„Der im Gesamtraum Berlin-Brandenburg bestehende Bedarf an Luftverkehrskapazitäten soll derart gedeckt werden, dass am Flughafen Berlin-Brandenburg International (BER) Tagflug aber kein planmäßiger Nachtflug stattfindet, um Lärmbetroffenheiten zu reduzieren.“

„Dabei soll der nationale und internationale Luftverkehrsanschluss für Berlin und Brandenburg nicht allein auf den Ballungsraum Berlin konzentriert werden.“

„Dieser Gesetzestext ersetzt Satz 1 und 2 des in den Ländern Berlin/Brandenburg gültigen § 19 Abs. 11 LePro (Landesentwicklungsprogramm).

Satz 3 und Satz 4 des § 19 Abs. 11 LePro entfallen.“

#### **Begründung:**

Die bisher geltende Fassung des § 19 Abs. 11 LePro ist eine der Rechtsgrundlagen sowohl für den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg LEP BB als auch für die luftrechtliche Fachplanung. Der bisherigen Fassung von § 19 Abs. 11 LePro entnehmen Landesentwicklungsplan und Fachplanung die Legitimation, durch Schaffung eines nächtlichen Kapazitätsangebots an die Luftverkehrswirtschaft das Ruhebedürfnis der betroffenen Bevölkerung dem wirtschaftlichen Profit der - im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen - Flughafengesellschaft und der Luftverkehrsgesellschaften zu opfern. Dem schiebt die Volksinitiative durch die Neufassung des Gesetzestextes einen Riegel vor. Gemäß dem Landesentwicklungsplan LEP BB hat dieses Gesetz weiterhin Gültigkeit und gibt Vorgaben sowohl für zukünftige Landesentwicklungspläne wie auch für die luftverkehrsrechtliche Fachplanung.

Der Volksinitiative liegen neuere Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung und über Art und Umfang der durch Flugroutenfestsetzungen betroffenen Siedlungsgebiete zu Grunde. Durch die Formulierung, dass kein planmäßiger Nachtflugbetrieb am Flughafen Schönefeld stattfinden soll, wird sichergestellt, dass sich das Nachtflugverbot auf den gewerblichen Flugverkehr bezieht und andere Flüge (Not- und Rettungsflüge etc.) nicht ausgeschlossen werden sollen.

Die beabsichtigte Neuregelung macht es ferner möglich, nächtliche Flugbewegungen insbesondere im Charter- und Pauschalreiseverkehr auch an anderen Startorten durchzuführen.

Zu Verspätungsregelungen und detaillierten luftverkehrstechnischen Regelungen fehlt es an einer Zuständigkeit des Landesgesetzgebers. Zumindest würde dieser Regelungsinhalt nicht in die Kompetenz der Landesplanung fallen. Mit dem Volksbegehren wird die Wiederinbetriebnahme bzw. die Aufrechterhaltung der Flughäfen Tempelhof und Tegel nicht beabsichtigt.

#### **NACHTFLUG STÖRT DEN SCHLAF UND GEFÄHRDET DIE GESUNDHEIT:**

Das Umweltbundesamt bewertet den wissenschaftlichen Erkenntnisstand aufgrund einer aktuellen Studie aus dem Jahr 2010:

**„Für Herz- und Kreislauferkrankungen ist nachgewiesen: Im Vergleich zu Personen, die keinem Fluglärm ausgesetzt sind, steigt das Erkrankungsrisiko betroffener Personen mit**

**zunehmender Fluglärmbelastung. Auch bei psychischen Erkrankungen findet sich ein relevanter Befund: Bei Frauen sind die Erkrankungsrisiken für Depressionen signifikant erhöht.**

Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der vorausgegangenen ‚Arzneimittelstudie‘ des UBA, die höhere Medikamentenverschreibungen bei Personen nachwies, die nächtlichem Fluglärm ausgesetzt sind. Eine große Studie im Umfeld verschiedener europäischer Flughäfen (HYENA-Studie) aus dem Jahr 2008 stellte ebenfalls fluglärmbedingte Gesundheitsrisiken fest: Personen, die verstärkt vom Nachtfluglärm betroffen sind, weisen häufig höhere Blutdruckwerte auf, als Menschen in ruhigeren Wohngebieten.“ Auch das Bundesverwaltungsgericht hat sich eindeutig dazu bekannt, dass eine Gesundheitsgefährdung von Lärmbetroffenen unterbleiben muss (Urteil vom 21.3.1996 Az.4 C 9.95):

*„Diese Verpflichtung trifft ihn [den Staat, d.V.] erst recht, wenn der Eingriff auf seinem eigenen Verhalten beruht. Dabei kann sich der Staat nicht ohne weiteres mit vorhandenen Erkenntnisdefiziten ‚entschuldigen‘. Dies ist bereits dann nicht zulässig, wenn die Risiken einer Gesundheitsbeeinträchtigung bereits als solche bekannt sind. Die Gesundheitsschädlichkeit muss nicht erst bewiesen werden, um eine Regelungspflicht des Staates auszulösen. Auch Gesundheitsgefährdungen - werden sie erkannt oder als im Risikobereich liegend für hinreichend wahrscheinlich angesehen - verpflichtet zu Handeln. Auch hier mögen vielfache Erkenntnisdefizite bestehen. Der Staat muss ihnen - etwa bei der Festsetzung von Grenzwerten - durch Sicherheitsmargen zu begegnen suchen.“*

Dennoch hält die brandenburgische Landesregierung im Planergänzungsverfahren für den Flughafen Schönefeld bis zu 113 Flüge in einer Nacht für zulässig. Hiergegen sind Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Die brandenburgische Landesregierung fühlt sich durch ihre eigene gesetzliche Regelung im § 19 Abs. 11 Landesentwicklungsprogramm (LePro) die für die Länder Berlin und Brandenburg gilt, in ihrem großzügig nachflugfreundlichen Handeln zum Nachteil der vom nächtlichen Fluglärm gepeinigten Bevölkerung bestätigt.

Die Volksinitiative wendet sich gegen diese gesetzliche Regelung und zwingt in der Folge die Landesregierung die Landesentwicklungspläne Flughafenstandortsicherung wie auch den Landesentwicklungsplan Berlin- Brandenburg zu überarbeiten, da in diesen Plänen von einer Zulässigkeit des Nachtflugs ausgegangen wird.

Namen und Anschriften der Vertreter und Stellvertreter:

<u>Vertreter:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
Prof. Wolf Carius Gerhart-Hauptmann-Allee 30 15732 Eichwalde	Markus Peichl Kladower Straße 2 14469 Potsdam
Dr. Gerhard Kalinka Heinrich-Zille-Straße 39 15827 Blankenfelde	Gudrun Claus Selchower Weg 18 15831 Mahlow
Robert Nicolai Fontaneplatz 5 15834 Rangsdorf	Christian Radtke-Kruft Siegfriedstraße 60 14513 Teltow
Matthias Schubert Unterberg 31 14532 Kleinmachnow	Martina Pohske Keplerstraße 23 15831 Mahlow
Martin Henkel Seestraße 68 15738 Zeuthen	Christian Selch Potsdamer Straße 2 15738 Zeuthen

Lübbenau/Spreewald, den 10.05.2012

(Dienstsiegel)

Die Abstimmungsbehörde

gez. Helmut Wenzel  
Unterschrift

Wótgłosowańske zastojnstwo: Město Lubnjow/ Blota  
Gmejna: Město Lubnjow/ Blota  
Głosowański wokrejs: 40 - Gome Blota - Łužyca III/Sprjewja-Nysa III

## Wuzjawjenje

**wó pšewježenju ludowego póžedanja "Za změnjenje § 19 wótstawk 11 krajnego wuwisowego programa k pšesajženju krajnoplanańskego zakaza nocnego létanja na létanišću Barliń Bramborska International (BER)!"**

Zastupniki ludoweje iniciatiwy "Za změnu § 19 wótstawk 11 krajnego wuwisowego programa k pšesajženju krajnoplanańskego zakaza nocnego létanja na létanišću Barliń Bramborska International (BER)!" su w pšawen casu pšewježenje ludowego póžedanja pominali. Krajne kněžarstwo abo tšešina clonkow krajnego sejma Bramborskeje njejsu w póstajonem casu § 13 wótstawk 3 kazni ludowego wótgłosowanja (VAGBbg) pšesiwo dopušćenju ludowego póžedanja skjaržbu zapódali.

Ludowe póžedanje móžo se wót wšykných do glosowanja wopšawnjonych bergarkow a bergarjow wót

### 4. junija až do 3. decembra 2012

ze zapisanim do wupoložonych zapisańskich lisćinow abo z listowym zapisanim na tych zapisańskich lopjenach pódpěrowaš. Wótpowědujucy § 17 wótstawk 2 VAGBbg mógu bergarki a bergarje swójo pšawo na zapisanje ze zapisanim do amtskeje zapisańskeje lisćiny jano pla togo wótgłosowańskego zastojnstwa teje gmejny wugbaš, žož swójo bydlenje maju, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje abo, jolic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice, swójo wšedne pšebywanje maju; te bergarki a bergarje mógu swójo pšawo na zapisanje pak teke pla tych pód pismikom A) napisanych dalšnych zapisańskich městnách wugbaš.

Do zapisanja wopšawnjone su wótpowědujucy § 16VAGBbg w zwisku z §§ 5 a 7 Bramborskeje krajneje wuzwólowańskeje kazni (BbgWahlG) wšykne nimske bergarki a bergarje, kenž su w casu zapisanja abo nejžpóźdeje dnja **3. decembra 2012**

- swójo 16. žywjeńske lěto dopolnili, pótaken se pšed 4. decembrom 1966 narožili su,
- nanejmnjej mjasec w Bramborskej swójo stawne bydlenje maju abo, jolic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice Nimska, swójo wšedne pšebywanje maju ako teke
- njejsu pó § 7 BbgLWahlG wuzamknjone z wuzwólowańskego pšawa.

#### A) Pódpěrowanje ludowego póžedanje ze zapisanim do zapisańskich lisćinow

Ludowe póžedanje móžo se ze zapisanim do wupoložonych zapisańskich lisćinow w slědujucej zapisańskej rumnosći wótgłosowańskego zastojnstwa až do pónjezele, 3. decembra 2012, zeger 16.00 gožin pódpěrowaš:

Zapisańska rumnosć: Město Lubnjow/ Blota  
radnica, běrow bergarjow  
cerkwinske naměstno 01  
03222 Lubnjow/ Blota

Zapisańske casy:	pónjezele	w casu wót	9:00 - 16:00 góz.
	waltoru	w casu wót	9:00 - 18:00 góz.
	srjodu	w casu wót	13:00 - 16:00 góz.
	stwórtk	w casu wót	9:00 - 18:00 góz.
	pětk	w casu wót	9:00 - 13:00 góz.

Wósoby, kenž kšě se do zapisańskich lišćinow zapisaš, maju se wó swójej wósobje wupokazaš (§ 7 wótstawk 1 jadnańskego póřěda ludowego póžedanja – VVVBbg).

Čtož se do zapisańskeje lišćiny zapisuju, musy wósobinski a rukopisnje pódpisaš. Mimo pódpisa muse se familijowe mě, pšedmě, žeń naroženja, bydleńske město a bydlenje, pla wěcej bydlenjow głowne bydlenje abo wšedne pšebywanje, ako teke žeń zapisanja zapisaš, tak až se daju derje cytaš (§ 18 wótstawk 1 VAGBbg w zwisku z § 8 wótstawk 1 VVVBbg). Zapisanje njamóžo se pó § 18 wótstawk 2 VAGBbg wěcej slědk wzeš.

Do zapisanja wopšawnjone wósoby, kenž dla šělnego bracha njejsu w položenju, zapisanje sami wugbaš a to z pokazku na swój brach napisaš daju, se pó zastojnsku do zapisańskeje lišćiny zapišu (§ 15 wótstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 8 wótstawk 2 VVVBbg).

Do zapisanja wopšawnjone wósoby, kenž dla šělnego bracha do zapisańskeje rumnosći pšiš njamógu abo jano pó njepšišpiwajucymi šěžkosćami, mógu wósobje swójeje dowěry (pomocna wósoba) nadawk daš, swójo zapisańske pšawo wugbaš. Za to ma do zapisanja wopšawnjona wósoba pomocnej wósobje wótpowědujucu polnomóc wupisaš (§15 wótstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 7 wótstawk 4 VVVBbg).

## **B) Pódpěranje ludowego póžedanja z listowym zapisanim**

Kuždy do zapisanja wopšawnjony ma pšawo, na pšosbu ludowe póžedanje z listowym zapisanim pódpěraš. Pšosba móžo se wót do zapisanja wopšawnjoneje wósoby sameje abo jadnej wót njeje spolnomócnjoneje wósoby pisnje, elektroniski (na pšikład z e-mail abo faksom) abo wustnje (za napisanje) we wótgłosowańskem zastojnstwje stajiš, w kótaremj do zapisanja wopšawnjona wósoba swójo bydlenje, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje, abo swójo wšedne pšebywanje ma. Pšiš elektroniski stajonej pšosbje musy se žeń naroženja pšosbu stajucej wósoby pódaš (§15 wótstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótstawk 2 sada VAGBbg). Telefoniske stajanje pšosby njejo dowólone.

Pšosbu stajeca wósoba móžo pšiš stajanju pšosby teke pomoc wósoby swójeje dowěry (pomocnej wósoby) wužywaš (§ 15 wótstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótstawk 2 sada 2 VAGBbg).

Zapisańske łopjena mógu se až do dwa dnja pšed zakóńćenim zapisańskego casa póžedaš (§ 8a wótstawk 5 VVVBbg).

Za listowe zapisanje trěbne pódlóžki (zapisańske łopjeno a listowa wobalka) se póžedanje stajucej wósobje dermo pšipóscelu.

Zapisaš musy se wósobinski. Čtož dla šělnego bracha w položenju njejo, listowe zapisanje wósobinski pšewjašć, móžo pomoc jadnej wósoby (pomocna wósoba) wužywaš (§ 15 wótstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótstawk 2 sada 2 VAGBbg). Na zapisańskem łopjenje ma do zapisanja wopšawnjona wósoba abo pomocna wósoba napšěsiwo wótgłosowańskemu zastojnstwju město pšisegi wobwěšćiš, až jo wuzjawjenje pódpěranja ludowego póžedanja wósobinski a pó wuzjawjonej wóli do zapisanja wopšawnjoneje wósoby wótedaš (§15 wótstawk 7 VAGBbg).

Pši listowem zapisanju musy do zapisanja wopšawnjony zapisańske łopjeno scasom na to na amtskej listowej wobalce pódane městno wótpósłaš, až zapisański list nanejpóźdzej 3. decembra 2012, do 16.00 gózin dojžo.

Zapisański list se we Zwězkowej republice Nimska jadnučki z Nimskim postom AG dermo pósřednijo. Zapisański list móžo se teke na tom na listowej wobalce pódanem městnje wótedaš.

Pominane ludowe požedanje ma slědujucy pósłowny tekst:

**“Za změnjenje § 19 wótstawk 11 krajnego wuwišowego programa k pśesajženju krajnoplanowańskego zakaza nocnego lětanja na lětanišću Barliń Bramborska International (BER)!”**

Daš krajny sejm wobzamkńjo, krajne kněžarstwo napominaš, stupiš do jadnanjow z krajom Barliń, aby se statne dogrono wót 7. awgusta 1997 wó zgromadnem krajnem wuwišowym programje krajowu Barliń a Bramborska a wó změnjenju krajnoplanowańskego dogrona, změnjene ze statnym dogronom 5. maja 2003, ako slědujo změníł:

“Ta w celem teritoriumje Barliń-Bramborska wobstojeca pótrjeba kapacitow pówěšowego wobchada dej se tak zawěsćiš, až na lětanišću Barliń-Bramborska International (BER) se wednjo lěta ale se žedno planowane nocne lětanje njewótmějo, aby se zadoralo zogolowym wobšěžnosćam.”

“Pši tom njedej se narodne a mjazynarodne pšizamknjenje pówěšowego wobchada za Barliń a Bramborsku jano na kopjeński rum Barliń koncentřerowaš”.

“Toš ten kazniski tekst narownajo saže 1 a 2 togo w krajoma Barliń / Bramborska plašecego § 19 wótstawk 11 LePro (krajny wuwišowy program).

Saže 3 a 4 § 19 wótstawk 11 krajnego wuwišowego programa (LePro) wótpadnotej.”

**Wobtwarjenje:**

Donětajšna plašeca wersija § 19 wótstawk 11 krajnego wuwišowego programa (LePro) jo jedna tych kazniskich zakładow za krajny wuwišowy plan Barliń-Bramborska LEP BB ako teke za pówěšowokazniske fachowe planowanje. Z donětajšneje wersije § 19 wótstawk 11 LePro wzeju krajny wuwišowy plan a fachowe planowanje legitimaciju, z wutwórjenim nocnych kapacitow pówěšowobchadnemu góspodarstwuju woprowaš pótrěbnosć za měrom pótrefjonego wobydlarstwa góspodarskemu profitoju lětanišćowego towaristwa a pówěšowobchadowych towaristwow, kenž su we wobsejžeństwe zjawneje ruki. Tomu co ludowa iniciatiwa z noweju wersiju kazniskego teksta zadoras.

Wótpowědujucy krajnemu wuwišowemu planoju LEP BB ma toš ta kazń dalej plašiwosć a dajo směrnice za pśiduce krajne wuwišowe plany ako teke za kazniske pówěšowobchadowe fachowe planowanje.

Ludowej iniciatiwje pśedlaže nowe dopóznaša slěženjow wó wugbašach zogola a wó wašni a wobšyrnosći dla póstajonych lětańskich rutow pótrefjonych sedleńskich rumow. Z formulaciju, až njedej se žedno planowane nocne lětanje na lětanišću Schönefeld pšewjasć, dej se zawěsćiš, až se zakaz nocnych lětow pósěgujo na žělarstwowe lěty a druge lěty (nuzowe a wumóžeńske a dalšne) se z tym wuzamknuš njedeje.

Wótmyslone noworědowanje zmóžnijo dalej, nocne lětanje wósebnje w šarterowem a pawšalnem drogowańskem wobchaže teke na drugih městnach pšewjasć.

Za ředowanja zapózdženjow a detailěrowanych pówěšowobchadowych techniskich ředowanjow felujo krajnemu kaznidawarjeju na pśislušnosći. Nanejmjenej njeby take wopšimješowe ředowanje padnulo do kompetence krajnego planowanja. Z ludowym požedanim njejo wótmyslone zasejwužywanje respektiwne zachowanje lětanišćowu Tempelhof a Tegel.

## Nocne létanje mólijo spanje a wogrozujo strowość:

Wobswětowy amt zwězka gódnosijo wědomnostny staw dopóznašow na zaklaže aktualneje studije z lěta 2010:

**“Za wutšobowe a wobégowe chórosći jo dopokazane: W pširowanju z wósobami, kenž njejsu wustajone lětańskemu zogoloju, stupa riziko schórjenja pótrefjonych wósobow z pšiběrajuceju lětańskeju wobšěžnosću. Teke pla psychiskich schórjenjach se namakajo relewantny pšepyt: Pla žeńskich su rizika schórjenja na depresijach signifikantnje pówušone.**

Toš te wuslědki stoje w zwisku z pšedchadneju ‘studiju gójeńskich srědnosćow’ UBA, kótaraž jo dopokazała wěcej zapisanow medikamentow pla wósobow, kenž su wustajone nocnemu lětańskemu zogoloju. Wjelika studija we wokolnosći wšakich europejskich lětanišćow (HYENA-studija) z lěta 2008 jo tejerownosći zwěsćila: wósoby, kenž su w pówušonej měrje pótrefjone wót zogola nocnego létanja, maju cesćejšy raz wuše gódnoty kšejnego šišća, ako luže w měrných bydleńskich wobcerkach.”

Teke Zwězkowe zastojnstwowe sudnistwo jo se celo jasnje k tomu póznało, až se wogrozenje strowoći wót zogola pótrefjonych staš njesmějo (wusud wót 21.3.1996 Az 4 C 9.95):

*“Toš ten zawězk trefijo jogo (stat, awtor) pšedewšym, gaž ten statk bazěrujo na jogo swójskem zažaržanju. Pši tom njamóžo se stat tak bžeze wšogo ‘zagroniš’ z pšedlažecymi deficitami póznašow. To juž pón njejo dowólone, gaž su riziki póškódowanja strowoći ako take južo znate. Strowotna škódnosć njemusy se akle dopokazaš, aby se zachopiła rědowańska winowatosć stata. Teke strowotne wobgrozenja – gaž se póznawaju abo ako we rizikowem wobcerku lažece w dosegapucej měrje wěrpěpodobne woglědaju – zawězuju k jadnanju. Teke how mógu wšakorake deficit póznašow wobstojaš. Stat musy jim – něži pla póstajanja granicznych gódnotow – wopytaš z wěstotnymi maržami znapšěsiwiš.”*

Weto ma Bramborske krajne kněžarstwo w procedere planowego wudopólnjenja za lětanišćo Schönefeld až do 113 lětow w jadnej nocy ako dopušćone. Pšěsiwo tomu su se zapódali skjaržby pšed Zwězkowym zastojnstwowym sudnistwom. Bramborske krajne kněžarstwo cujo se ze swójim swójskim kazniskim rědowanim w § 19 wótstawk 11 krajnego wuwisowego programa (LePro), kenž plaši za kraja Barliń a Bramborska, we swójom wjelikomyslnem nocnym lětam pšijašelnem jadnanju na škódu wót nocnego létanja pinowaneje ludnosći wobkšušona.

Ludowa iniciatiwa se wobrošijo pšěsiwo tomu kazniskemu rědowanju a nuzkujo w dalšnem krajne kněžarstwo krajne wuwisowe plany zawěsćenje lětanišćowych městnow ako teke krajny wuwisowy plan Barliń-Bramborska wobžělaš, pšeto se w tych planach wuchada z dopušćenja nocnych lětow.

Mjenja a adrese zastupnikow a zstupujucych zastupnikow

<u>zastupnik</u>	<u>zastupujucy zastupnik</u>
Prof. Wolf Carius	Markus Peichl
Gerhart-Hauptmann-Allee 30	Kladower Straße 2
15732 Eichwalde	14469 Potsdam
Dr. Gerhard Kalinka	Gudrun Claus
Heinrich-Zille-Straße 39	Selchower Weg 18
15827 Blankenfelde	15831 Mahlow

